Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der Enquete-Kommission möchte ich Ihnen allen ganz herzlich für Ihr Interesse danken, dafür, daß Sie heute wieder zu uns gekommen sind und auch am zweiten Tag an unserer Anhörung teilnehmen. Herzlichen Dank auch den wiedergekommenen Journalisten, insbesondere dafür, daß sie gestern noch gearbeitet haben, damit die Öffentlichkeit heute erfahren kann, daß wir gestern zusammen waren und heute wieder hier sind.

Wir werden uns auch heute erinnern, erinnern lassen und erinnern müssen. Aufarbeitung von Vergangenheit ist ohne erinnern nicht möglich. Wir, die wir gestern hier waren, haben miterleben und erfahren können, wie weh es tun kann, sich wieder zu erinnern, auch wie weh es tun kann, solchen Erinnerungen zuzuhören. Wenn uns die Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur aber gelingen soll, dann werden wir uns diesem Prozeß des Erinnerns immer wieder unterziehen müssen. So auch heute.

Wir werden zunächst einen Vortrag über "Repressionsmechanismen in der DDR – Auswirkungen auf den Alltag" von Herrn Professor Dr. Wolfgang Schuller aus Konstanz hören und dann in einer Form, wie wir sie gestern schon kennengelernt haben, eine Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen unter der Leitung von Karl Wilhelm Fricke "Politische Verfolgung im realen Sozialismus" durchführen. Gegen 12.00 Uhr wird die Präsidentin des Deutschen Bundestages unter uns sein und ein kurzes Wort an uns richten. Mit einer Pressekonferenz wird diese zweitägige Anhörung heute enden.

Bevor wir wieder in das ganz persönliche Erinnern hineingehen, jetzt ein Vortrag, der grundsätzlicher, wissenschaftlicher ist. Ich bitte Sie, das Wort zu nehmen, Herr Professor Dr. Wolfgang Schuller.

Prof. Dr. Wolfgang Schuller: Meine Damen und Herren! Die Zeit ist schon ein bißchen weit fortgeschritten. Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Sie werden mit mir heute einen regulären Westler hören, der sich allerdings – das ist vielleicht auch ein Grund, weshalb ich eingeladen worden bin – schon lange, bevor es sonst im Westen solch eine Massenbewegung gewesen ist, um die Dinge gekümmert hat, die in der DDR geschehen sind. Weshalb ich hier wohl auch eingeladen worden bin, ist die Tatsache, daß ich eine merkwürdige Kombination von Jurist und Historiker bin. Ich habe meine Doktorarbeit über das politische Strafrecht der DDR geschrieben. Das ist ein dickes Buch, das, wie Sie sich denken können, vor dem Zusammenbruch des Kommunismus in der DDR im Westen großenteils auf Desinteresse gestoßen ist, das aber jetzt zu wirken beginnt. Außerdem bin ich Historiker geworden, und diese Kombination ist es wohl, derentwegen ich hierher eingeladen worden bin.

Die Repression in der Gesellschaft der DDR ist kein Thema gewesen, das die professionelle DDR-Forschung in der Bundesrepublik sehr beschäftigt hat. Daran hat man gern vorbeigesehen. Mein Kollege Hermann Weber ist eine

der großen Ausnahmen. Er hat das in seinen Büchern über die DDR immer thematisiert. Aber sonst war es eher etwas, was man ungern zur Kenntnis genommen hat.

(Beifall der Abg. Angelika Barbe (SPD))

Meine Aufgabe ist es weniger, hier Details vorzutragen, obwohl ich beispielshalber dann auch auf Details kommen werde – diese sind großenteils bekannt und werden hier immer benannt –, sondern ich will einen allgemeinen Rahmen für die Einordnung dieser Dinge, so wie ich sie mir vorstelle, darlegen und werde meine kurzen Ausführungen in drei Teile untergliedern: Erstens die direkten Repressionsmaßnahmen – diesen Teil werde ich sehr kurz machen –, zweitens – das halte ich für sehr wichtig –, wie diese direkten Repressionsmaßnahmen durch strukturelle, indirekte ergänzt worden sind, die eigentlich die Basis dafür darstellten, daß sie wirken konnten und letztens die allgemeinen Rahmenbedingungen in der Gesellschaft der DDR. Gestern hat sich durch eine Frage gezeigt, daß es wichtig ist, auf diese Dinge einzugehen.

Was ich hier vortrage, wird etwas abstrakt und akademisch sein, aber ich werde frei sprechen – das macht es vielleicht etwas lebendiger –, und es wird in weniger als einer halben Stunden vorbei sein.

Also erstens die unmittelbaren Repressionsmaßnahmen, das, was wirklich sichtbar geworden ist. Das Unmittelbarste und Deutlichste, das, worüber auch am meisten geschrieben werden kann, ist natürlich das politische Strafrecht der DDR, wobei auch eher unpolitische Teile des Strafrechts unter den allgemeinen Bedingungen in der DDR politischen Charakter bekommen haben.

Vielleicht ist es gut, wenn ein Historiker hier einmal sagt, was die Charakteristiken dieses politischen Strafrechts und überhaupt des Strafrechts oder sogar des Rechts der DDR gewesen sind, um es – auch anläßlich des Prozesses gegen Erich Honecker und andere, die nun einen rechtsstaatlichen Prozeß bekommen – ganz deutlich zu machen.

Das Strafrechtssystem und insbesondere auch das Prozessuale in der DDR läßt sich vor diesem Hintergrund besonders deutlich erkennen, wenn man sich darüber klar wird, was der Rechtsstaat ist. Der Rechtsstaat ist historisch eine Errungenschaft der Aufklärung des 18. und des 19. Jahrhunderts, die darauf aus war, zu verhindern, daß der Strafprozeß und das Bestrafen von Menschen einfach nur eine Exekutivmaßnahme des Staates ist, um Gehorsam zu erzwingen. Die Unabhängigkeit der Justiz und das Verhindern, daß jemand anders, nämlich der Staat – entweder direkt oder im Hintergrund –, die Fäden zieht, das ist im Kern das, was den Rechtsstaat ausmacht.

Wie Sie alle wissen, ist in der Deutschen Demokratischen Republik diese Errungenschaft, die in sehr langen Kämpfen erkämpft worden ist, nun regulär rückgängig gemacht, ja ich würde sagen, sogar noch hinter den Absolutismus zurückgedrängt worden.

Ein großer Teil von Ihnen hat selbst die Erfahrung gemacht, daß nicht nur hinter den Kulissen, sondern zum Teil auch ganz offen andere Instanzen die Prozesse gelenkt und entschieden haben als die Richter, die es eigentlich tun sollten, wobei vorsichtshalber auch die Richter selbst in dieses System der Parteijustiz eingebunden gewesen sind. Das Ministerium für Staatssicherheit, das die Untersuchungen in einem völlig rechtsfreien Raum führte, spielte die wesentliche Rolle dabei.

Also das Ministerium für Staatssicherheit als die entscheidende Instanz im politischen Strafrecht der DDR, als die unmittelbarste der unmittelbaren politischen Repression.

Die sonstige Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit will ich nur benennen, weil sie allen bekannt ist. Das ist die Tätigkeit, die in den Medien vor allen Dingen vorkommt, wobei diese erstere, die Tätigkeit als Untersuchungsorgan, für mein Gefühl sehr zu Unrecht zurücktritt. Wir haben gestern Abend in Hohenschönhausen ja einen physischen Eindruck davon bekommen, wie das in etwa ausgesehen hat.

Die sonstige MfS-Tätigkeit, also die Bespitzelung, die operativen Vorgänge, die sicherheitspolitischen Überprüfungen, die Zersetzungsmaßnahmen – daß man sich nicht geschämt hat, das auch noch so zu nennen –, gehört auch zu den unmittelbaren Repressionsmechanismen.

Dazu gehören weiter, schon etwas ins Indirekte gehend, die Möglichkeiten des von der Partei beherrschten Staates – ich werde dazu noch etwas sagen –, Leute mit entsprechenden Folgen als Asoziale zu deklarieren, die Ausgabe der provisorischen Personalausweise, die Stigmatisierung der Menschen durch diese Dinge bis hin zur Einweisung in psychiatrische Kliniken.

Unter den unmittelbaren Repressionsmaßnahmen müßten natürlich die Repressionen und Drangsalierungen im Betrieb ausführlich dargestellt werden. Ich kann das hier aus Zeitgründen nicht tun. Die ganz feste Einbindung in die jeweiligen Betriebe war natürlich auch eine Voraussetzung, Menschen durch berufliche Behinderungen unmittelbar zu reprimieren, bis hin dazu, daß man zur Strafe – was für einen Arbeiter-und-Bauern-Staat auch ja eine merkwürdige Sache war – in die Produktion geschickt werden konnte. Viele, die ich gesprochen habe, denen das so gegangen ist, sind nachträglich – das ist natürlich eine positive Errungenschaft – stolz darauf, daß sie sich auch in dieser Weise bewährt haben. Doch gemeint war es als Strafe.

Das waren also ein paar Worte zur unmittelbaren Repression, zu Sachverhalten, die großenteils bekannt sind.

Etwas ausführlicher muß man vielleicht auf das zu sprechen kommen – das ist der zweite Gesichtspunkt –, was die westliche Sozialwissenschaft oder auch linke Bewegungen dem Westen gegenüber die "strukturelle Gewalt" genannt haben: eine Art des Aufbaus der Gesellschaft, daß man durch die

Einbindungen der Menschen auf diese sehr groben und direkten Maßnahmen der unmittelbaren Repression gar nicht mehr zurückgreifen mußte, also der, jedenfalls der Idee nach, fast militärisch geordnete Gesellschaftsaufbau, die Bürokratisierung der Gesellschaft – sogar doppelt, in Staat und Partei, wobei die Partei sehr viel wichtiger war und dem Staat befehlen konnte. Wir haben gestern gehört, wie das schon im Kindergarten anfing, wie diese furchtbare Behandlung der Kinder auf der Schule weiterging. Auch dafür gab es gestern Beispiele.

Ich möchte für die strukturelle, für die mittelbare Repressionssystematik in der Deutschen Demokratischen Republik zwei allgemeine Stichworte geben.

Das eine wäre die Vernetzung. Es gab ein großes undurchdringliches und allumfassendes Netz von staatlichen Maßnahmen und von prophylaktischen Behinderungsmaßnahmen. Wir haben gestern auch Beispiele dafür gehört, daß durch das Prinzip der Kaderakten jeder – der Idee nach, es hat ja Gott sei Dank Möglichkeiten gegeben, sich ab und zu davon zu trennen – unter ständiger Aufsicht war. Wenn er irgendwo angeeckt ist, hatte er keine oder nur eine geringe Chance, anderswo anzukommen. Also die Vernetzung, insbesondere im beruflichen Bereich.

Das zweite Prinzip dieser mittelbaren Repressionsmaßnahmen ist – etwas polemisch, aber, wie ich glaube, doch zutreffend – mit dem "Mafia-Prinzip" zu bezeichnen, das darin besteht, daß man sich Anhänger, Untertanen oder Gehorsame erziehen oder beschaffen kann, daß man diejenigen, auf die es einem ankommt, die man gefügig machen will, in Schuld verstrickt, daß man ihnen anbietet: Tue das und das, dann wird dir dieser oder jener Wunsch beruflicher oder persönlicher Art erfüllt, du kannst dein Lebensziel – du lebst nur einmal – nur dadurch erreichen, daß du mit uns mitmachst. Viele haben dem widerstanden, aber sehr viele nicht. Ich beurteile das hier überhaupt nicht, auch als Westler tue ich das nicht, aber benannt werden muß es. Es war auch ein Prinzip, mit dem mittelbar Repression ausgeübt worden ist.

Noch ein paar Beispiele. Die Genehmigungspflicht: Unendlich viel mußte in der Deutschen Demokratischen Republik erst einmal erlaubt werden. Man könnte es fast umgekehrt sagen: Die Vermutung bestand, daß das, was nicht erlaubt worden ist, verboten war. Wirtschaftliche Betätigung bedurfte der Erlaubnis. Wir haben auch dafür gestern ein Beispiel gehört. Das lesen zu dürfen, was man wollte, war ebenfalls erlaubnisbedürftig. Reisen war erlaubnisbedürftig, insbesondere das Ausreisen, insbesondere in den Westen.

Auch Wohltaten, die das Regime verteilte – es verteilte zwar schwach dosierte Wohltaten, aber vor dem allgemeinen Hintergrund doch immerhin Wohltaten –, gab es immer unter der auflösenden Bedingung, daß das wieder rückgängig gemacht werden konnte und daß man demjenigen, der diese Wohltaten erteilte, dankbar zu sein hatte.

Die Berufslenkung: Es gab keinerlei Möglichkeit der freien Berufswahl,

und zwar zum Teil aus objektiven Gründen – in der ganzen Welt kann nicht jeder unbedingt das werden, was er gern möchte –, aber auch aus struktureller Planung. Damit gab es natürlich auch das Umgekehrte – das ist eben die Kehrseite der Wohltat, daß einem Berufe ermöglicht werden –, daß einem bewußt nicht ermöglicht wird, bestimmte Berufe zu ergreifen, also das strukturelle Berufsverbot.

Zur mittelbaren und strukturellen Repression möchte ich auch das Informationsmonopol des Staates bzw. der Partei, die sich einen Staat geschaffen hat, zählen. Damit sollte die Herrschaft über die Gehirne erreicht werden. Damit sollte das Verhalten gesteuert werden, und zwar nicht nur negativ, daß man von bestimmten, von sehr vielen Informationen und Informationsmöglichkeiten ausgeschlossen worden ist, sondern natürlich auch positiv, indem das, was dann gegeben wurde, inhaltlich gefüllt wurde. Das ist keineswegs mehr unter "Information" zu subsumieren, sondern unter "Propaganda" und "Gehirnwäsche".

Man könnte auch einen gewissermaßen ungewollten, aber doch sehr wirksamen Repressionssachverhalt erwähnen: den allgemeinen Mangel – im Verhältnis zu den anderen vergleichbaren Gesellschaften – an äußeren Möglichkeiten, sich zu verwirklichen, also den Mangel an Waren aller Art, der ebenfalls disziplinierend wirkte.

Auf den dritten und letzten Gesichtspunkt, den ich in diesem Rahmen für den wichtigsten halte, werde ich etwas ausführlicher eingehen als auf die ersten beiden, die ich aus Zeitgründen nur in Skizzen summarisch vortragen konnte. Er beinhaltet die allgemeinen Rahmenbedingungen, die sich auf diese sehr konkreten Repressionsmaßnahmen ganz entscheidend ausgewirkt haben. Das wird im allgemeinen zu wenig beachtet, und damit wird die Relevanz dessen, was konkret geschehen ist, nicht richtig – um ein DDR-Wort zu benutzen – eingeschätzt.

Alles das, was man an direkten und zum Teil auch an indirekten Repressionsmaßnahmen und Sachverhalten nennen kann, könnte ja, für sich betrachtet, auch anderswo vorkommen. In dem Land meiner unmittelbaren Nachbarschaft, in der Schweiz, gab es vor ein paar Jahren einen fürchterlichen Skandal, weil sich herausstellte, daß die schweizerische Geheimpolizei bis ins letzte Dorf über die Bürgermeister usw. – über erstaunlich viele Leute – Akten angelegt hat. Da sind Berichte geschrieben worden: Der und der gießt seine Blumen regelmäßig. In der Ehe funktioniert es oder funktioniert es nicht. Er äußert manchmal sehr merkwürdige Ansichten, die gar nicht so staatsfreundlich sind, und ähnliche Dinge.

Auch zahlreiche andere Maßnahmen und Sachverhalte können einzeln, für sich betrachtet, auch anderswo vorkommen. Gestern ist aus Ihrer Kommission eine Frage an eine Zeitzeugin gestellt worden, die als eine typische Westler-Frage vielleicht auch selbstironisch deklariert worden ist: Was denn daran eigentlich

so Schlimmes gewesen sei, wenn man als Angehörige der Schule oder auch als Eltern vor einen Vorgesetzten o. ä. zitiert wurde, das gebe es doch auch anderswo, wo eigentlich da das Spezifische liege.

Zu diesem Sachverhalt, daß Dinge, einzeln betrachtet, gar nicht so aufregend sein müssen, will ich durch die Darlegung der Rahmenbedingungen ein paar Hinweise geben. Das ist dann die Ausfüllung des Themas, wie die Repressionsmechanismen im gesamtgesellschaftlichen System funktioniert haben. Vier Gesichtspunkte will ich dafür vortragen.

Der erste ist die Tatsache, daß sich das politische System der Deutschen Demokratischen Republik als unabänderlich, als unerbittlich dargestellt hat. Keinerlei Aussicht darauf sollte aufkommen, daß sich irgend etwas ändern könnte, sondern es war eine bleierne Gewißheit, daß es immer so bleiben würde. Das lag daran, daß eine Partei mit dem Anspruch auf totale Macht, auf richtige und totale Welterkenntnis sich ein Machtmonopol zugelegt hat, eine Partei, die die gesamte Gesellschaft durchdrang oder durchdringen wollte, eine Partei, zum Teil – und ursprünglich vielleicht generell – mit einem eschatologischen Sendungsbewußtsein, das aber – das ist gestern schon einmal kurz angeklungen – allmählich durch dauernden Machtgebrauch und -mißbrauch, auch durch nackten Zynismus ersetzt werden konnte, Zynismus, dem es nur noch auf die Machterhaltung ankam, und eine Partei, die einen sehr großen und – bis auf die Schlußphase – auch untrüglichen Machtwillen und Machtinstinkt hatte. Diese Partei hat das geschaffen, was ich unter den indirekten Maßnahmen nannte, dieses Netzwerk, die Vernetzung, die die vollständige Durchdringung der Gesellschaft bewerkstelligt hatte. Bert Brecht hat ja am Kapitalismus sehr prägnante Kritik geübt. Ich habe jahrzehntelang immer wieder feststellen können, daß die Kritik, die Bert Brecht am kapitalistischen System geübt hat, auf dieses System teilweise wirklich zutraf. Aber vollkommen und hundertprozentig trafen seine Äußerungen – ungewollt – auf das real-sozialistische System zu. Diesen Punkt eines dieser allgemeinen Rahmenbedingungen, der so entscheidend ist, drückt Bert Brecht so aus, daß er sagt: Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.

Der zweite Punkt dieser allgemeinen Gesichtspunkte ist, daß es keine Öffentlichkeit gegeben hat, keine Kommunikationsmöglichkeit. Dieser abstrakte Satz wird konkretisiert durch die Feststellung, daß man sich gegen all das, was ich unter direkten und indirekten Maßnahmen angetippt habe, nicht wehren konnte. Wenn solche Dinge irgendwo vorkommen – was immer geschehen ist, beispielsweise in der Schweiz –, dann gibt es große Presseskandale. In dem Moment, wo das an die Öffentlichkeit kommt, ist es weg, ist es zerplatzt. Man kann sich dagegen wehren. In der DDR konnte man sich nicht dagegen wehren, man mußte schweigen. Wer aus Lagern und Gefängnissen entlassen war, mußte eine Schweigeverpflichtung auf sich nehmen. Wir haben gestern

auch gehört, welche seelischen Eruptionen das Jetzt-nicht-mehr-schweigen-Müssen hervorrufen kann, weil man vieles in sich hineingenommen, in sich hineingefressen und versucht hat, zu vergessen und zu verdrängen. Das Schweigenmüssen, das Nicht-sagen-Können, das Sich-nicht-wehren-Können sind wesentliche Strukturelemente dieser Repression in der sozialistischen Gesellschaft.

Man konnte, wie Sie wissen, Eingaben machen. Aber wir haben gestern gehört, daß Eingaben manchmal zur Folge haben konnten, daß plötzlich Leute an der Tür klingelten und die Eingabenmacher mit direkten Repressionsmaßnahmen behandelten. Sie wissen auch, daß über den FDGB durchaus das eine oder andere Kleine geschehen konnte. Aber man konnte eben nicht an die Zeitungen gehen, man konnte sich nicht beschweren, und auch die private Kommunikation untereinander war sehr eingeschränkt.

Ergebnis Punkt zwei: Keine Öffentlichkeit, sondern Isolierung des einzelnen.

Dritter Punkt. Wenn das alles durch Vorschriften geregelt gewesen wäre, wenn man genau gewußt hätte, wie man sich verhalten soll, dann wäre es vielleicht auch noch ertragbar gewesen. Ich meine, in "normal" autoritären Staaten ist das vielleicht so gewesen. Aber Punkt drei ist ganz wichtig: Die Undurchschaubarkeit des öffentlichen Handelns, die Unklarheit über das, was man nun durfte und was man nicht durfte.

Viele von Ihnen wissen, daß selbst den Antrag auf Ausreise zu stellen mit unendlichen technischen Schwierigkeiten verbunden war. Ich weiß, daß in Erfurt in der öffentlichen Bibliothek das Buch, in dem solche technischen Dinge standen, nur individuell ausgeliehen wurde. Es wurde aufgeschrieben, wer sich das Buch ausleihen wollte. Anträge wurden erst einmal nicht angenommen und unzählige Dinge mehr. Briefe und Eingaben wurden überhaupt nicht beantwortet.

Namen derjenigen, die an Repressionsmaßnahmen beteiligt gewesen sind, wurden nicht genannt. Unvergeßlich ist eine Szene, die seinerzeit im "Grenzfall" gestanden hat. Es ging um eine Reise nach Prag, und der Betreffende wurde gefragt: Wie heißen Sie eigentlich? Dann kam die Antwort: Ich könnte mich ja nun "Major Müller" nennen. Also keine Namen.

Die Mündlichkeit großer Teile der öffentlichen Verwaltung in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir stellen jetzt glücklicherweise fest, daß manchmal ein bißchen zuviel aufgeschrieben wurde. Die wichtigsten Dinge wurden jedoch nur mündlich weitergegeben, wie überhaupt das Konspirationsprinzip der öffentlichen Verwaltung in der DDR ein Thema für sich ist.

Umgekehrt war nicht einmal auf die Durchführung der Repression Verlaß. Etwas konnte dann plötzlich auch gewährt werden, der Staat erwies sich dann plötzlich als freundlich. Manchmal wurden sogar Dinge erlaubt, die norma-

lerweise nicht erlaubt worden sind. Also Willkür, gewollte Undurchsichtigkeit des öffentlichen Verhaltens.

Der vierte und letzte Gesichtspunkt: Dadurch wurde ein Gefühl der Unsicherheit, ein Gefühl der Schwäche, ein Gefühl der Unterlegenheit, ein Gefühl des Ausgeliefertseins und, wenn man es zugespitzt ausdrücken will, eben ein Gefühl der Angst hervorgerufen, und das sollte auch hervorgerufen werden. Als ich vor 20 Jahren zum erstenmal nach den Ostverträgen für längere Zeit wieder in dem thüringischen Dorf war, in dem ich als Kind ein paar Jahre verbracht hatte, und nach zehn Tagen wieder wegfuhr, wurde ich gefragt: Nun, Wolfgang, wie hat es Dir bei uns gefallen? Ich antwortete: Man weiß immer nicht so richtig, ob man nun etwas falsch macht oder nicht. Darauf kam die Antwort: Das ist doch Sinn der Sache. Und das kennzeichnet diesen vierten Gesichtspunkt, das Gefühl des Ausgeliefertseins, bis hin zur Angst.

Wenn man zum Schluß die Gegenprobe für diese allgemeinen Gesichtspunkte macht und sich einmal ansieht, wie dieser Staat zusammengebrochen ist, dann stellt man fest, daß es mit diesen vier konstitutiven Merkmalen für die einzelnen Repressionsmaßnahmen aufgehört hatte oder daß sie im Abbröckeln befindlich waren.

Was die Allmacht und das Sendungsbewußtsein oder zumindest den Machtzynismus der Partei betrifft, ist festzustellen, daß die Partei ganz allmählich ihrer Sache unsicher geworden und das Gefühl der bleiernen Unabänderlichkeit im Schwinden begriffen war. Ich glaube, das ist wohl der Fall gewesen. Das Nicht-kommunizieren-Können, das Isoliertsein, das Auf-sichselbst-angewiesen-Sein und es dann am besten wegzudrücken, das hörte ja auch auf.

Wie Sie – zum Teil als Beteiligte und Akteure – wissen, hat man in den letzten Jahren miteinander kommunizieren können, und zwar wegen der Unsicherheit der Partei und wegen des Taktierens, das die Sicherheitsorgane dann eingeschlagen hatten. Es hat eine Teilöffentlichkeit gegeben. Das ist natürlich der Tod eines solchen Systems. Daraus folgte, daß vieles durchsichtiger war, daß sehr viel mehr bekannt war, weil man sich untereinander verständigen konnte.

Auch das Gefühl des Ausgeliefertseins und der Unterlegenheit, der Schwäche, der Unsicherheit und die Angst waren allmählich im Schwinden. Wenn die Angst weg ist, dann ist es aus mit so einem System, dann haben die Repressionsmaßnahmen den Biß verloren.

Als letzten Satz – ich habe schon über eine halbe Stunde gesprochen – nur das eine noch: Bei all dem, was ich gesagt habe, kommt es natürlich auf die richtigen Proportionen an. Ich erinnere mich noch genau, wie kurz nach der Wende – ich sage ungern "Wende", sondern eher "Zusammenbruch des Kommunismus" –, ein Kollege, nachdem nur so etwas gesagt wurde wie von mir eben, ganz verzweifelt ausrief: Ja, aber wir haben doch auch gelebt, wir

haben doch auch geliebt, und wir haben doch auch gelacht. Das hat es natürlich auch gegeben. Aber erstens ist das nicht mein Thema gewesen, und außerdem kommt es hier sehr auf die Relationen an. Es kommt auch auf das an, was Herr Voigt aus Kietz-Küstrin gestern gesagt hat. Das hat es natürlich alles auch gegeben.

Für zukünftige Gedanken wäre es wichtig, das, was ich geschildert habe, und das Ausmaß, die Intensität und die Möglichkeit des "normalen" Lebens miteinander in eine richtige Beziehung zu bringen. Doch das ist nicht mein Thema gewesen. Denn das habe ich in der kurzen Zeit erschöpft und danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herr Professor Schuller, herzlichen Dank für Ihre inhaltliche Weiterführung.

Ich bitte jetzt Karl Wilhelm Fricke nach vorn, der das Kunststück zu vollbringen hat, in zwei Stunden mit seinen Gesprächspartnern ein gewaltiges Thema anzupacken. Bitte, Karl Wilhelm Fricke.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Podiumsdiskussion, die in einer ersten Runde zunächst nur am Podium abgewickelt werden wird, um nach zirka einer halben Stunde das Auditorium einzubeziehen. Ich darf jetzt schon um eine rege Beteiligung aus dem Auditorium bitten.

Ich bedanke mich bei Herrn Schuller für die Grundlegung, wie ich es nennen möchte, zu dieser Diskussion durch sein Referat, in dem die Repressionsmechanismen in der DDR und ihre Auswirkungen auf den Alltag der Menschen dargestellt werden sollten und dargestellt wurden.

Allerdings ist das Thema unserer heutigen Podiumsdiskussion "Politische Verfolgung im realen Sozialismus". Natürlich war der Alltag in der DDR – das hat Herr Schuller schon ausgeführt, und es ist auch gestern gesagt worden – nicht nur politische Verfolgung, es gab auch viel Normalität im Leben der Menschen. Aber es war charakteristisch, daß in der gestrigen Diskussion, die im Zusammenhang zu dem heutigen Tag gesehen werden muß, das Wort sehr schnell auf politische Verfolgung kam, so daß man sagen kann: Der Alltag der DDR war nicht nur politische Verfolgung, aber ohne politische Verfolgung ist der Alltag in der DDR nicht denkbar gewesen. Daher wird sich uns am Podium und im Auditorium die Frage stellen, inwieweit die inneren Wirkungsmechanismen im realen Sozialismus der DDR in seiner stalinistischen und spätstalinistischen oder poststalinistischen Ausprägung, in seinen Strukturen und Praktiken mit immanenter Zwangsläufigkeit politische Verfolgung bedingt haben.

Ein DDR-Bürger konnte, wie Ehrhart Neubert gestern aufzeigte, über Nacht zum Feind werden, auch wenn er vorher ein eifriger Mitmacher war, ein Schrittmacher vielleicht sogar. Ich erinnere an solche Schicksale wie das von